



St. Gallen, 17. März 2022

Medienmitteilung **zum Geschäftsbericht 2021**

Abbau der hängigen Verfahren

Obwohl die Coronapandemie auch das Jahr 2021 stark prägte, konnte das Bundesverwaltungsgericht die Anzahl hängiger Fälle verringern.

Im Berichtsjahr gingen 5704 Fälle (Vorjahr 6606) ein und es wurden 5976 (Vorjahr 6503) erledigt. Somit baute das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) die Zahl der hängigen Verfahren um 272 Fälle ab. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 306 Tage (Vorjahr 288). Insgesamt übertrug das Gericht die Weiterbearbeitung von 5254 Verfahren (Vorjahr 5526) auf das Jahr 2022.

Mit diversen Digitalisierungsmassnahmen wie dem Ausbau des Scancenters stellte das BVGer seinen Betrieb auch im zweiten Coronajahr sicher. Die Arbeit wurde zeitweise in Telearbeit verrichtet, Besprechungen wurden vermehrt hybrid durchgeführt. Infolge von Pensionierungen und Austritten gab es auch im personellen Bereich Änderungen. So traten fünf neue Richterinnen und Richter im Berichtsjahr ihr Amt an.

Kontakt

Rocco R. Maglio
Medienbeauftragter
+41 (0)58 465 29 86
+41 (0)79 619 04 83
medien@bvger.admin.ch

Das Bundesverwaltungsgericht in Kürze

Das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) besteht seit 2007 und hat seinen Sitz in St. Gallen. Mit 72 Richterinnen und Richtern (64.5 Vollzeitstellen) sowie 365 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (305.6 Vollzeitstellen) ist es das grösste eidgenössische Gericht. Es behandelt Beschwerden, die gegen Verfügungen von Bundesverwaltungsbehörden erhoben werden. In gewissen Bereichen überprüft es auch kantonale Entscheide und es urteilt zudem vereinzelt erstinstanzlich in Klageverfahren. Das Gericht setzt sich aus sechs Abteilungen zusammen und erlässt durchschnittlich 6500 Entscheide pro Jahr.